

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die Juden in der Sowjetunion

Rußland war bis zum Ende des 19. Jahrhunderts das größte jüdische Siedlungsgebiet der Welt. Auch heute leben nur in den USA mehr Juden als in der Sowjetunion. Es ist für die Situation der Juden in der Sowjetunion bezeichnend, daß es fast unmöglich ist, zuverlässige Nachrichten über ihre Lebensverhältnisse zu erhalten. Den Angaben der sowjetischen Regierung kann man kein Vertrauen schenken. Genausowenig zuverlässig sind die Berichte einzelner Reisender oder offizieller Delegationen. Diese kommen jeweils nur mit einzelnen oder mit ausgewählten und vorbereiteten Persönlichkeiten zusammen und erfahren oft nur etwas über die Verhältnisse in einem bestimmten Ort oder einer sehr begrenzten Personengruppe. Die russischen Juden selber haben sich daran gewöhnt, über das, was sie wirklich denken, und darüber, wie es ihnen wirklich ergeht, zu schweigen und das aus gutem Grund. Dennoch fügen sich einzelne oft scheinbar nichtssagende Nachrichten zu einem Bild zusammen, das zwar niemals vollständig, in seinen Einzelheiten aber recht zuverlässig sein kann.

Die Berichte über die Situation der Juden in der Sowjetunion sprechen heute von einem geistigen Völkermord an den Juden. Diese äußerst schwerwiegende Anklage besteht leider zu Recht. Das, was etwa seit 25 Jahren in der Sowjetunion geschieht, mit den Massenmorden der Nationalsozialisten auch nur zu vergleichen, geht allerdings nicht an, und man muß sich davor hüten, Hitler durch Stalin ein Alibi zu verschaffen.

Da die Vorgänge in der Sowjetunion im allgemeinen unbekannt sind, schien es zweckmäßig, für die Form dieses Berichtes die chronologische Folge zu wählen.

Sozialismus und Judentum

In den Vorstellungen der Sozialisten des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts war das Judentum ein zum Aussterben verurteiltes Relikt des Mittelalters. Als Religion war das Judentum wie jede andere Religion von Übel und zu bekämpfen. Die meisten Sozialisten verneinten die Existenz einer jüdischen Nation überhaupt. Die Juden unterschieden sich von ihren Gastvölkern nicht als Nation. Ihre spezifischen Charakteristika seien lediglich die allgemeine Zerstreung und eine abnorme Sozialstruktur, die sich durch das Fehlen eines Proletariats und eines Bauerntums auszeichne. (Von daher gesehen, ist es nicht verwunderlich, daß Lenin, der ohnehin jeder Form des Nationalismus abhold war, das Judentum als eine „Kaste“ bezeichnete.) Aber auch diejenigen, die die Existenz einer jüdischen Nation annahmen, sahen ihr nahes Ende durch die fortschreitende Assimilation voraus. Das schien, da ja die nationalen Unterschiede ohnehin schwinden würden, durchaus wünschenswert. An einem Judentum als nationaler Kategorie festzuhalten, war in jedem Falle reaktionär. Daß das Judentum eine Kategorie sui generis sein könnte, paßte nicht ins Konzept.

Die Verhältnisse in Mittel- und Westeuropa und auch in den USA schienen den Sozialisten Recht zu geben. Das Judentum konstituierte sich hier allein als Religionsgemeinschaft, und die Assimilation war so weit fortgeschritten, daß man mit einer Amalgamation innerhalb

weniger Jahrzehnte rechnen konnte. Das Erstarken einer antisemitischen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, die Pogrome in Osteuropa, all dies waren für die Sozialisten vorübergehende Erscheinungen. Die Verhältnisse der Juden in Osteuropa und auf dem Balkan unterschieden sich jedoch von denen in Westeuropa erheblich. Die Juden hatten hier ihre eigene Sprache (Jiddisch), eine eigene Kultur und eigene kulturelle Institutionen. Hier gab es auch ein echtes jüdisches Nationalbewußtsein. Hatten nun diese Gruppen nicht das Recht auf den Status einer kulturell autonomen Volksgruppe? Diese Frage wurde von zahlreichen jüdischen Sozialisten (Bund, Territorialisten) vor der Revolution immer wieder gestellt und von den meisten russischen Sozialisten verneint: Auch die Ostjuden würden von dem Moment an, da man ihnen alle Rechte gewährte, den Weg der Assimilation antreten und zu Ende gehen. Sie seien auch nicht mit einer der zahlreichen Völkerschaften des Russischen Reiches zu vergleichen, da ihnen ein eigenes Territorium fehle.

Die marxistische Antwort auf die Judenfrage war also die Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze und die Förderung der Assimilation und so im wesentlichen negativ, nämlich auf die Auflösung der jüdischen Gemeinschaft, gerichtet. Diese Grundsätze, an denen man im wesentlichen bis heute in der Sowjetunion festhält, waren für ihre Minderheitspolitik nur sehr bedingt von Bedeutung. Man ließ sich in der Sowjetunion eher von den jeweiligen Erfordernissen der politischen Situation in dem multinationalen Staat leiten.

Das russische Judentum vor der Revolution

Die Lebensverhältnisse der Juden im Russischen Reich waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts in jeder Beziehung anomal. Ansätze einer Emanzipation im 19. Jahrhundert sind nie sehr weit gediehen. Dafür wurden die Juden durch restriktive Gesetze in allen Lebensbereichen immer weiter eingeeengt. Das Wohnrecht war auf bestimmte Bezirke, den „Rayon“, beschränkt (im wesentlichen in Polen, Weißrußland, Litauen, Ukraine und Krim). In diesen Provinzen lebten zu Beginn des 20. Jahrhunderts ca. 5 Millionen Juden, im übrigen Russischen Reich 310 000 (ca. 6%). Der Landerwerb war den Juden versagt, der Zugang zu den freien Berufen durch den numerus clausus nur einem kleinen Teil möglich, Aufnahme in die Beamtschaft war faktisch ausgeschlossen. (Alle Zahlenangaben sind, soweit nicht anders vermerkt, nach Solomon M. Schwarz, *The Jews in the Soviet Union*, Syracuse University Press 1951, zitiert. Dieses Buch bietet bis heute die zuverlässigste Information über die Verhältnisse der Juden in Rußland bis zum zweiten Weltkrieg.) Die alte jüdische Gemeindeorganisation, der „Kahal“, war von den zaristischen Behörden schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts aufgelöst worden. Die eigentliche jüdische Gemeinde konstituierte sich, von keiner staatlichen Autorität anerkannt oder gestützt, auf der Basis von Vereinen.

In dem Maße, wie den Juden die längst fällige äußere Emanzipation versagt blieb, bahnte sich im Getto selber ein Prozeß der Autoemanzipation an, der in einem neuen jüdischen Nationalismus Ausdruck fand. Das Getto war eine äußere Klammer, die alles das, was Jude hieß, zu-

sammenhielt und zu einer Schicksalsgemeinschaft machte. Die religiöse Gemeinschaft bestand zwar formal und durch das Getto begünstigt weiter, war aber in Wirklichkeit schon seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts zerbrochen. Es gab Ansätze eines liberalen Judentums mit starken assimilatorischen Tendenzen. Es gab eine verbreitete zionistische Bewegung, in der sich zwar religiöse und areligiöse Elemente trafen, die aber in einem erbitterten Kampf mit der antizionistischen jüdischen Orthodoxie lag. Es gab eine starke jüdisch-sozialistische Bewegung, die mit der russischen nur locker verbunden war, weil sie unabhängig von dieser den Klassenkampf vor allem in der „jüdischen Gasse“ führte. Der größte Teil der jüdischen Sozialisten hielt an dem Begriff einer jüdischen Nation fest und forderte eine kulturelle Autonomie für die Juden. Selbstverständlich gab es auch in Rußland voll assimilierte Juden, doch fiel deren relativ geringe Zahl (ob es nun 100 000 oder 200 000 waren) nicht ins Gewicht. Es gab eine lebendige und blühende jiddische und hebräische Presse.

Der überwiegende Teil der Juden lebte vom Handel, Klein- und Hausierhandel und dem Handwerk. Einen gewichtigen Anteil (ca. 20 %) stellten die „Luftmenschen“, eine soziologische Kategorie, die eigentlich nur das Getto kannte, Menschen, die offenbar fähig waren, von nichts zu leben. Die jüdische Masse setzte sich aus Kleinbürgern zusammen, doch unterschied sich das wirtschaftliche Niveau des Kleinbürgers nur unerheblich von dem des Bettlers. Innerhalb des Rayons betrug der jüdische Bevölkerungsanteil ca. 11 %. Die Ballung war in Wirklichkeit noch sehr viel stärker, denn der weitaus größte Teil der Juden (ca. 80 %) lebte in den Städten: Während der Bevölkerungsanteil der Juden in den städtischen Siedlungen des Rayons im Durchschnitt fast 40 % ausmachte, stellten sie nur ca. 3 % der Landbevölkerung. Nicht wenige Kleinstädte, im besonderen die Marktstädte, waren bis zu 90 % mit Juden bevölkert. Die Muttersprache dieser Juden war Jiddisch (nach dem Zensus von 1897 innerhalb des Rayons ca. 96 %, außerhalb des Rayons ca. 80 %; innerhalb des Rayons konnten aber 30 % der Männer und 10 % der Frauen Russisch lesen, außerhalb des Rayons je 43 % und 16,5 %).

Nach der Revolution verminderte sich zwar die jüdische Bevölkerung Rußlands um 2 Millionen Juden in den Westgebieten, hierdurch wurde jedoch die eigentliche Struktur des Gettos nicht berührt.

Die Juden und die bolschewistische Revolution

Der Anteil der Juden an der bolschewistischen Revolution wird nur zu leicht überschätzt. Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwischen dem individuellen Anteil einzelner, meist völlig assimilierter Juden und dem Verhalten der jüdischen Masse. Die Forderung nach bürgerlicher Gleichberechtigung war bereits durch die Regierung Kerenski erfüllt worden. Es gab also keinen eigentlichen Anlaß mehr, die bolschewistische Revolution zu unterstützen, um so weniger, als die Bolschewisten ausgesprochene Gegner jeder nationalen Lösung der Judenfrage waren. Für die jüdische Orthodoxie mußte ein bolschewistisches Regime noch drückender werden, als es das zaristische schon gewesen war. Die erste Revolution hatte ein Aufblühen des jüdischen religiösen und kulturellen Lebens zur Folge gehabt. Die jüdischen Parteien mit einer gewissermaßen heroischen nationalen Vergangenheit (und

nicht zuletzt mit einem ausgezeichneten politischen Apparat) beherrschten das öffentliche Leben der Juden. Auch diese hatten von der kommunistischen Revolution nur eine Verschlechterung ihrer Lage zu erwarten. Ein sicherer Maßstab für den Anteil der jüdischen Masse an der Revolution bietet die Zahl der jüdischen kommunistischen Publikationen: 1917 gab es unter 49 jüdischen Zeitungen und Zeitschriften keine einzige kommunistische Publikation. 1918 waren von 63 nur 9 kommunistisch. Eine Änderung im Verhalten der jüdischen Massen trat erst im Laufe des Bürgerkrieges ein. Im Machtbereich der konterrevolutionären Armeen kam es überall zu heftigen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung. Pogrome waren an der Tagesordnung. Die kommunistische Herrschaft war schließlich das kleinere Übel.

1919 willigte schließlich der größte Teil der jüdischen Sozialisten in eine Allianz mit den Kommunisten ein, so daß die einzelnen Parteien in diesem Jahr zu einem Verband jüdischer kommunistischer Parteien zusammengefaßt wurden, der geschlossen der kommunistischen Partei beitrug. Im Mai 1919 löste sich dann dieser „Komfarband“ auf, und die Mitglieder traten den „jüdischen Sektionen“ der kommunistischen Partei bei. Die Sektionen bildeten keineswegs nationale Einheiten innerhalb der KP, sondern nur eben jenen Apparat, den die Partei zur Durchdringung der jüdischen Massen brauchte. Die jüdische sozialistische Opposition wurde schließlich zusammen mit den sozialistischen Zionisten nach heute bewährtem Muster liquidiert. 1930 wurden dann auch die jüdischen Sektionen — immer noch eines unangemessenen Nationalismus verdächtig — endgültig aufgelöst.

Die Liquidation der jüdischen Gemeinschaften

In den Jahren nach der Revolution wurden die jüdische Gemeinschaft und ihre Organisationen vollkommen zerstört. Die sozialen und kulturellen Institutionen wurden der Kontrolle der lokalen jüdischen Kommissariate unterstellt und später, soweit dies möglich war, der allgemeinen Administration.

Die Kultusgemeinden waren den gleichen Beschränkungen und Verfolgungen ausgesetzt wie die Kirchen. Die restriktiven Maßnahmen wirkten sich allerdings bei den Juden sehr viel schwerer aus. Die rituellen Speisegesetze z. B. können nur innerhalb einer Gemeinde wirklich eingehalten werden (Beaufsichtigung der Schlachtung usw.). Die Kampagne gegen die Feiertage, besonders gegen den Sabbath, traf die Juden, bei denen der Sabbath mit seiner absoluten Werkruhe geradezu Symbol der „Jüdischkeit“ ist, viel stärker als die Christen. Daß die atheistische Propaganda von jüdischen Kommunisten ausging, war in einer Religionsgemeinschaft, die im Bewußtsein der kollektiven Verantwortung aller Juden füreinander lebt, besonders bedrückend.

Das Verbot des Religionsunterrichts traf die jüdische Orthodoxie an der Wurzel, denn das Judentum ist nun einmal eine Religion, deren Praxis erhebliche Kenntnisse voraussetzt, die nur durch ein eingehendes Studium gewonnen werden können. Die letzte statistische Angabe, aus dem Jahre 1926, zählte in der Ukraine noch 1003 jüdische Kultusgemeinden mit 137 437 Mitgliedern, das entspricht 12—13 % der jüdischen Bevölkerung. Da aber nur ein Teil der religiösen Juden auch offiziell einer Gemeinde angehörte, kann man auf Grund dieser Zahl für das Jahr 1926 noch für 40—60 % der jüdischen Bevöl-

kerung religiöse Bindungen annehmen. Daß diese Zahl in jedem Jahr kleiner wurde, darf als selbstverständlich angenommen werden.

Die sowjetische Minderheitenpolitik gegenüber den Juden

Die sowjetische Judenpolitik machte nach der Revolution erhebliche Wandlungen durch. Die grundsätzliche Ablehnung einer „jüdischen Nation“ im Sinne der Zionisten, der Territorialisten oder der Bundisten blieb dabei unverändert. Die Wirklichkeit einer kohärenten jüdischen Bevölkerung machte es dann nötig, zeitweise wenigstens nationale Lösungen zu versuchen. Sehr viel hat man sich hierbei ohnehin nicht vergeben, denn die nationale Kultur der Sowjetvölker ist national nur in der Form, d. h. in der Sprache und, wenn man will, in den Eß- und Schlafgewohnheiten, doch „proletarisch im Inhalt“. Verbunden mit der neuen Judenpolitik und deren Voraussetzung waren die soziale Umschichtung der Juden und der Versuch zur Schaffung einer territorialen Basis durch landwirtschaftliche Ansiedlungen. Die Schaffung einer „jüdischen sozialistischen Nation“ hätte zugleich den Vorteil gehabt, daß den Zionisten das Wasser abgegraben würde, und zudem bestand auch die Aussicht, jüdisches Kapital für Kolonisierungsprojekte zu gewinnen, was damals noch von Bedeutung war.

Die landwirtschaftlichen Kolonisierungsprojekte sind nie sehr weit gediehen. Selbst auf dem Höhepunkt der Ansiedlung machte der in der Landwirtschaft tätige jüdische Bevölkerungsanteil nicht mehr als 6% aus. Man sah im übrigen bald ein, daß man in der Landwirtschaft zwar die „Luftmenschen“ und Hausierer nutzbringend beschäftigen konnte, daß es aber unsinnig sei, aus Handwerkern Bauern zu machen. Das Kolonisierungsprogramm mit dem größten propagandistischen Aufwand, „Birobidjan“ (an der Grenze der Mandchurei), wo eine quasi-jüdische Sowjetrepublik gegründet werden sollte — der Plan sah eine „autonome jüdische Provinz“ vor —, endete mit einem Fiasko. Die jüdische Bevölkerung Birobidjans wird heute auf 30 000 bis 35 000 Seelen geschätzt — unter einer Gesamtbevölkerung von ca. 100 000. Im übrigen gehört Birobidjan heute zu den sorgfältig gehüteten Staatsgeheimnissen, so daß Nachrichten über die Verhältnisse in diesem Gebiet praktisch nicht zu erhalten sind.

In der Sprachenfrage zeigten die sowjetischen Behörden das bei weitem größte Entgegenkommen. Jiddisch wurde als Minderheitensprache anerkannt. An den Orten mit jüdischer Mehrheit gab es eine jüdische lokale Autonomie, jüdische Sowjets, die die Geschäfte auf jiddisch abwickelten. An den Gerichten gab es jüdische Abteilungen, wo die Verhandlungen auf jiddisch geführt wurden (in der Ukraine z. B. gab es 1933 99 jüdische Dorfsowjets und 55 jüdische Sowjets in Marktstädten). Von 1926 an wurde die Neuerrichtung jüdischer Sowjets beschränkt, und seit 1930 war eine fortschreitende Russifizierung bzw. „Ukrainisierung“ zu verzeichnen.

Jüdische Kultur?

In zahlreichen Publikationen der Vorkriegszeit wird die Leistung der Sowjetunion in der Förderung der jüdischen Kultur hervorgehoben, so wie heute von ihrer Zerstörung gesprochen wird. Es wäre immerhin die Frage zu stellen, was jüdische Kultur unter diesen Umständen bedeutet. Was immer jüdische Kultur sonst bedeuten mag, hier mußte sie „proletarisch“ dem Inhalt nach sein, eine „Kul-

tur der Werktätigen“. Das spezifisch Jüdische an ihr war lediglich die Form, d. h. in der Literatur die Sprache, das Jiddische. Zu gleicher Zeit wurde das Hebräische unterdrückt und der Unterricht in dieser Sprache sogar bestraft. Hebräisch aber war nicht nur die Sprache der Zionisten, sondern vor allem die Sprache der jüdischen Religion. Indem man das Hebräische unterdrückte, wurde auch der Nerv jeder jüdischen Kultur abgeschnitten, eben die Beziehung zur jüdischen Geschichte. Als jüdische Kultur war die jiddische Kultur der Sowjetunion eine Farce. Aber sie erhielt immerhin den Rest eines Zugehörigkeitsbewußtseins und eines der Medien zum Ausdruck spezifisch jüdischer Gefühlswerte.

In der Errichtung jüdischer Schulen (mit jiddischer Unterrichtssprache) wurde nach der Revolution Beachtliches geleistet. Der Lehrstoff war allerdings der gleiche wie in den anderen Schulen. Der Höhepunkt der Entwicklung wurde um 1930 erreicht. Um diese Zeit besuchten aber auch in den dichtesten jüdischen Siedlungsgebieten nicht mehr als 25—30% aller jüdischen Schüler jiddische Schulen und in den Großstädten, wo die Assimilation weiter fortgeschritten war, vielleicht 3—5%. Nach 1930 wurde die jiddische Schule wieder abgebaut.

Auch die jiddische Presse und das jiddische Buch, die wichtigsten Propagandamittel der Partei, wurden gefördert. Der Höhepunkt der jiddischen Buchproduktion wurde jedoch 1932 bereits überschritten (653 Titel, 3087 Bogen, 2 558 585 Gesamtauflage; die letzte statistische Angabe stammt aus dem Jahre 1935: 437 Titel, 2816 Bogen, 1 887 960 Gesamtauflage). Die Partei förderte eine große Anzahl jüdischer Autoren, unter denen viele wenigstens in jüdischen Kreisen Weltruf genossen (D. Bergelson, I. Feffer, P. Markich, M. Kulbak, I. Zinberg, „der Nister“. Andere jüdische Autoren, so z. B. Ehrenburg, schrieben nur russisch.)

Die „jüdische Wissenschaft“, d. h. die jüdische Geschichtsforschung, Soziologie, Philosophie, Sprachwissenschaft und Literaturgeschichte, ging nach der Revolution praktisch zugrunde. Es gab zwar zwei judaistische Institute in der Ukraine und Weißrußland, aber diese befaßten sich vorwiegend mit der Herstellung von Propagandamaterial.

Einen ungewöhnlichen Aufschwung nahm das jiddische Theater. Da die jüdische Orthodoxie theaterfeindlich war, war das Theater „fortschrittlich“ und konnte sich so nach der Revolution zu einer kulturellen Institution ersten Ranges entwickeln. Der Höhepunkt der Entwicklung wurde 1934 mit 18 Theatern (ohne die zahlreichen Spielgruppen) erreicht. 1938 existierten nur noch vier, und nach dem zweiten Weltkrieg soll es — angeblich — noch ein jüdisches Theater gegeben haben.

Soziale Umschichtung

Von allen Seiten, d. h. sowohl von der Partei als auch von den betroffenen Juden selber, wurde auf eine soziale Umschichtung der jüdischen Bevölkerung hingearbeitet. Ein fürs erste schier unüberwindbares Problem stellte die große Zahl der „Luftmenschen“ dar, die durch die Revolution noch vermehrt worden war, und die Masse der Kleinhändler und Hausierer. Letztere hatten in der neuen Wirtschaftsordnung kaum noch einen Platz. Die landwirtschaftliche Ansiedlung war, wie schon gesagt, nie sehr erfolgreich. Es gab zwar auch einen jüdischen Pioniergeist, dieser konnte sich aber in Rußland nie so

entfalten wie in Palästina. Dennoch ging die soziale Umschichtung ungewöhnlich schnell vor sich und war, wie die folgende Statistik zeigt, 1935 faktisch abgeschlossen:

	Gehaltsempfänger	Lohnempfänger	insgesamt
1926	241 000	153 000	394 000
1931	445 000	342 000	787 000

Für 1935 wird die Zahl mit ca. 1,1 Millionen jüdischer Gehalts- und Lohnempfänger angegeben bei einer jüdischen Bevölkerung von ca. 3 Millionen.

Die soziale Umschichtung hatte — was nur Utopisten erwarten konnten — keineswegs die Entstehung einer „proletarischen jüdischen Nation“ zur Folge. Vielmehr wurde durch die damit verbundene geografische Zerstreuung eine Denationalisierung gefördert. War die Proletarisierung auch vollzogen, so unterschied sich doch vor dem zweiten Weltkrieg wenigstens die berufliche Struktur der Juden noch erheblich von der der Gesamtbevölkerung: Ca. 40% waren in der Verwaltung, im öffentlichen Dienst, in Handel und Verkehr beschäftigt. Diese beinahe abnorme Zahl ist allerdings leicht zu erklären: Die Juden sind fast ausschließlich Städter, so daß man diese Zahlen mit dem Anteil der städtischen Bevölkerung an diesen Berufen messen müßte, und zudem war der Bildungsstandard der Juden wiederum höher als der der städtischen Bevölkerung im allgemeinen.

Aus diesem Grunde war auch der Anteil der jüdischen Mitglieder der kommunistischen Partei nur dem Scheine nach ungewöhnlich hoch. So stellten z. B. die Juden Weißrußlands, wo sie 40% der städtischen Bevölkerung ausmachten, 26% der Parteimitglieder und 18% der Kandidaten, eine Zahl, die auf den ersten Blick ungewöhnlich hoch erscheint, wenn man nicht beachtet, daß die kommunistische Partei zu dieser Zeit eine Partei von Städtern war. In dem gleichen Jahr stellten die Juden 4,3% aller Parteimitglieder (Bevölkerungsanteil 1,8%), jedoch ca. 10% der städtischen Bevölkerung. Der Anteil der Juden etwa an der Regierung oder an den Parteiämtern fiel schon ganz einfach deshalb auf, weil ein jüdischer Minister im zaristischen Rußland undenkbar war.

Antisemitismus

Der Antisemitismus war im zaristischen Rußland so wie überall ein vielschichtiges Problem. Es gab die offizielle Unterdrückungspolitik der zaristischen Regierung und den geradezu selbstverständlichen Antisemitismus der Aristokratie und der Beamtenschaft, der ähnlich wie in Mitteleuropa fast Bestandteil einer Weltanschauung war. Es gab den eingefleischten Antisemitismus der Ukrainer und Polen, eben der Bevölkerung in Rayon, und einen christlichen Antisemitismus. Zum letzten offenen und gewalttätigen Ausbruch kam es im Südwesten Rußlands während des Bürgerkrieges 1918/20. In den unteren Schichten innerhalb des Landes, wo es nur wenige Juden gab, soll es dagegen keinen nennenswerten Antisemitismus gegeben haben.

Die kommunistische Partei hat jede Form des Antisemitismus als ein Mittel kapitalistischer Unterdrückung grundsätzlich verurteilt. Sozialismus und Antisemitismus seien schlechterdings nicht miteinander vereinbar. In der Praxis sah dies allerdings so aus, daß man sich gelegentlich mit dem nie ganz verschwindenden Antisemitismus akkommodierte. In den Jahren des Bürgerkrieges wurde richtig erkannt, daß die antisemitischen Parolen der Konterrevolutionäre („Die Juden bemächtigen sich durch die

Bolschewisten Rußlands“ u. ä.) ein durchaus wirksames Propagandamittel waren, und die Abwehr wurde darauf eingerichtet. Mit der sozialistischen Revolution war aber der Antisemitismus innerhalb der Bevölkerung keineswegs geschwunden. Die Ukrainer lernten die Juden nicht plötzlich lieben — nur wurde der Antisemitismus vom Staat selber nicht noch zusätzlich genährt oder geschützt.

Die Erscheinungsformen des Antisemitismus im sowjetischen Rußland zeigten und zeigen in seinen Äußerungen die typischen Formen sozialer Gruppenspannungen: „Die Juden arbeiten nicht“, „sie sitzen in allen Ämtern“, „sie übervölkern die Städte“ usw. S. Schwarz (a. a. O., S. 241) hat diesem Phänomen eine eingehende Untersuchung gewidmet und festgestellt, daß die meisten dieser Vorwürfe völlig unbegründet sind. Dennoch gab es besonders im Komsomol und unter der vorher gegen die antisemitische Propaganda fast immunen Industriearbeiterschaft nach der Revolution starke antisemitische Tendenzen, eben seit der Zeit, da die Juden selber Industriearbeiter wurden. Es fehlte auch nicht an Zwischenfällen (Beleidigungen, Mißhandlungen), und obgleich jede Völkerverhetzung vom Gesetz unter Strafe gesetzt wird, verfuhr die Gerichte sehr nachsichtig, indem sie derartige Delikte als Verstöße gegen die öffentliche Ordnung behandelten. Die Aufklärungsarbeit der Partei blieb, soweit es überhaupt eine solche gab, im großen und ganzen fruchtlos, so daß man bis heute einen latenten Antisemitismus innerhalb weiter Kreise der sowjetischen Bevölkerung und auch innerhalb der Administration beobachten kann.

Regierungsmaßnahmen, die man als eindeutig antijüdisch bezeichnen könnte, hat es vor dem zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion in nur geringem Maße gegeben. Durch die Säuberung der dreißiger Jahre wurde der größte Teil der jüdisch-kommunistischen Elite liquidiert. So wurde z. B. die gesamte Führungsschicht Birobidjans erschossen oder deportiert. Aber diese Säuberungen trafen alle Bevölkerungsteile in gleicher Weise, und es war das Unglück der jüdischen Kommunisten, besonders stark unter den Altbolschewisten vertreten zu sein. Immerhin dürfte die Verurteilung so zahlreicher „jüdischer Verräter“ dem Antisemitismus erheblichen Auftrieb gegeben haben. Seit der Mitte der dreißiger Jahre zeigt sich dann auch eine deutliche Tendenz, Juden aus dem öffentlichen Leben verschwinden zu lassen.

Während des Hitler-Stalin-Paktes scheint es eine Dämpfung der jüdischen Aktivitäten gegeben zu haben, obgleich nicht einzusehen ist, warum die Juden von diesem Pakt betroffen gewesen sein sollten. Vielmehr dürfte es sich dabei um die Fortführung der um 1935 begonnenen neuen Judenpolitik gehandelt haben. Im besonderen wurden zahlreiche Juden aus dem auswärtigen Dienst entfernt oder kaltgestellt (wegen ihrer Sprachkenntnisse waren relativ viele Juden im auswärtigen Dienst beschäftigt).

In den von der Sowjetunion annektierten Gebieten (Ostpolen, Baltikum) lebten fast zwei Millionen Juden. Diese wurden von der sowjetischen Okkupation zwar nicht annähernd so hart getroffen wie die Juden in den von den Deutschen besetzten Gebieten, doch macht sich hier zum erstenmal eine klar erkennbare Diskriminierung bemerkbar. Eine größere Zahl wurde als „unzuverlässige Elemente“ ins Innere Rußlands deportiert. Genauere Zahlen fehlen, doch wird von einigen Hunderttausenden, zum großen Teil Flüchtlingen aus Westpolen, gesprochen (was ihnen auf längere Sicht das Leben rettete). Die jüdischen Organisationen wurden liquidiert. Vermutlich um

dem in Polen reichlich vorhandenen Antisemitismus nicht noch neue Nahrung zu geben und um die Gefühle der feindseligen Bevölkerung nicht durch eine allzu sichtbare Gleichberechtigung der Juden zu verletzen, sorgten die Behörden dafür, daß kein Jude im öffentlichen Leben hervortrat. Selbst in der kommunistischen Partei wurden die Juden erblich hintangestellt, um der antikommunistischen Propaganda (Kommunist = Jude) keine Nahrung zu geben. Wie weit diese Diskriminierung auf Resentiments und wie weit sie auf politische Vorsicht zurückzuführen ist, bleibt ungewiß. Immerhin wurden hier bereits die sozialistischen Prinzipien, wenn vielleicht auch nur aus taktischen Gründen, aufgegeben.

Der zweite Weltkrieg

Da den Juden innerhalb der alten Grenzen der Sowjetunion noch reichliche Fluchtwege offenblieben, erlitten sie nicht ganz so große Verluste wie die Juden in den übrigen Gebieten Osteuropas. Eine organisierte Evakuierung der Juden scheint es jedoch nicht gegeben zu haben. Die Flucht der Juden verlief, soweit sie nicht in der Rangordnung der Prioritäten mit der gesamten Bevölkerung evakuiert wurden, unorganisiert und in den ersten Kriegsmonaten chaotisch. Die Juden der Sowjetunion wurden darüber, was 1939/41 in Polen vorging, nicht aufgeklärt, denn die sowjetische Presse schwieg über die Vorgänge in Westpolen, so daß viele gar nicht daran dachten zu fliehen. Zu Beginn der deutschen Invasion wurde den Juden in den russisch besetzten Westgebieten die Flucht ins Innere Rußlands verwehrt.

Bei Kriegsende lebten in der Sowjetunion noch etwas mehr als zwei Millionen Juden. Zusammen mit den Juden in den annektierten Westgebieten hatten bei Kriegsbeginn ca. fünf Millionen Juden innerhalb der russischen Grenzen gelebt. Die jüdische Bevölkerung der Westgebiete wurde von den Nazis fast restlos vernichtet.

Das Verhalten der Bevölkerung in den besetzten Gebieten gegenüber der Judenverfolgung war eher passiv, sieht man von der aktiven Teilnahme ukrainischer und baltischer Einheiten im Dienst der Deutschen ab. Zur Rettung der Juden wurde sehr wenig getan, und die Zahl der von der sowjetischen Bevölkerung geretteten Juden ist minimal. Einen ausgeprägten Antisemitismus scheint es in zahlreichen russischen Partisaneneinheiten gegeben zu haben, wo u. a. entflozene Kriegsgefangene dienten, die bereits mit Erfolg der deutschen Propaganda ausgesetzt gewesen waren.

Während des Krieges vermied es die sowjetische Propaganda sorgfältig, die konsequente Vernichtung der Juden durch die Nazis hervorzuheben; man sprach vielmehr von einer beabsichtigten Vernichtung des russischen Volkes — was an sich nicht gerade falsch war — und erwähnte die Juden bestenfalls am Rande. Man führt dies nicht ohne Grund auf die Befürchtung zurück, daß eine Betonung der Judenverfolgung der nazistischen Propaganda („Rußland kämpft für die Juden“) hätte entgegenkommen können. Eine derartige Befürchtung sagt über die sowjetische Wirklichkeit nichts Gutes. Die jüdischen Opfer wurden auch nach dem Krieg fast totgeschwiegen, genau so wie die Beteiligung der Juden an den Kämpfen dieses Krieges. (Es mußte so viel eher der Eindruck entstehen, als hätten die russischen Juden die Russen für sich kämpfen lassen.)

Auf der anderen Seite setzte gerade während des Krieges eine gewisse Lockerung in der sowjetischen Judenpolitik

ein. Der Druck auf die Religionsgemeinschaften ließ allgemein nach. Am 6. April 1942 wurde dann das „jüdische antifaschistische Komitee“ gegründet, das zu einem jüdischen Mittelpunkt des Kampfes gegen Hitler werden sollte und dem zahlreiche jüdische Intellektuelle angehörten. (Die Initiatoren des Komitees, die beiden polnischen Bundisten Ehrlich und Alter, wurden auf Grund eines persönlichen Befehls Stalins „als faschistische Spione“ erschossen.) In der Praxis hatte das Komitee nur geringen Einfluß auf das jüdische Leben in der Sowjetunion. Es war vor allem ein Propagandainstrument, das der Beeinflussung der Juden außerhalb Rußlands dienen sollte. Durch dieses Komitee kam es allerdings das erstmal nach langen Jahren zu neuen Kontakten zwischen den Juden Rußlands und den Juden der übrigen Welt, und so war es die letzte sichtbare Repräsentanz des russischen Judentums.

Die Liquidation der jüdischen Nation

Der Krieg hatte den größten Teil dessen, was die kulturellen Institutionen des sowjetischen Judentums darstellte, zerstört. Die jiddische Presse und Buchproduktion war zum großen Teil vernichtet. Die Politik der Regierung war zwiespältig. An manchen Orten wurde ein Wiederaufbau gefördert, an anderen verhindert oder unmöglich gemacht.

Der Krieg und später die Gründung des Staates Israel hatten jedoch ein Erstarken des jüdischen Selbstbewußtseins auch in der Sowjetunion zur Folge. Die Vernichtung der Juden, das passive oder feindliche Verhalten weiter Kreise der Bevölkerung hatten bei vielen Juden das Bewußtsein des Ausgesondertseins wieder geweckt. Durchaus linientreue jüdische Kommunisten waren der Ansicht, daß es nach dem, was geschehen war, einen neuen jüdischen Anfang und Aufbau geben mußte. Dies war, wie sich später zeigen sollte, ein tragischer Irrtum.

Die Vorgänge zwischen 1945 bis zum Tode Stalins sind nur wenig und lückenhaft bekannt. (Eine detaillierte Darstellung versuchte Léon Leneman in seinem Buch „La Tragédie des Juifs en URSS“, Desclée de Brouwer, Paris 1959. Aber auch Lenemans Informationsquellen sind sehr begrenzt und vielleicht auch nicht immer zuverlässig.) Was in diesen Jahren wirklich vor sich ging, scheinen auch heute nur wenige Eingeweihte zu wissen. Es ist durchaus möglich, daß das plötzliche Erstarken des jüdischen Selbstbewußtseins auf der einen Seite, das Erstarken einer antisemitischen Clique in der Sowjetadministration auf der anderen und einige Wahnideen Stalins schließlich dazu führten, daß man nun versuchte, die Judenfrage radikal zu lösen. 1948 wurde das jüdische antifaschistische Komitee, weil ja nun überflüssig — und weil es angeblich versuchte, Juden zu protegieren — aufgelöst. Dieses Komitee war der letzte Rest einer nationalen Vertretung der Juden. Im gleichen Jahr hörten alle jiddischen Publikationen auf. Die Elite jiddischer Schriftsteller und Künstler wurde verhaftet und bis zum Jahre 1952 teils deportiert, teils erschossen.

In der Anklage gegen die jüdischen Schriftsteller spielte der ominöse „Fall Krim“ eine gewichtige Rolle. 1944 hatten einige jüdische Kommunisten erwogen, ein autonomes jüdisches Territorium auf der Krim zu gründen (eine größere jüdische landwirtschaftliche Niederlassung hatte es dort vor dem Krieg schon gegeben). Stalin und auch Chruschtschow hatten sich von Anfang an gegen dieses Projekt ausgesprochen. Nun wurde der Krimplan zum Komplott: Die jüdisch besiedelte Krim sollte nach der

Anklage im Falle eines Krieges der Sowjetunion in den Rücken fallen — ein Gedanke, der es verdient, in die „Protokolle der Weisen von Zion“ aufgenommen zu werden. Zwei namhafte jüdische Kommunisten wurden auf Grund dieser lächerlichen Anklage hingerichtet: Der Altbolschewist Losowski und der Schriftsteller Bergelson (Leneman, a. a. O., S. 233, und „Ost-Probleme“, Nr. 26, 1957, S. 927).

Die nun fast offene Judenverfolgung erreichte ihren Höhepunkt mit den Prozessen gegen die „Zionisten“ in den Volksdemokratien und den Ärztoprozessen. Die Prozesse betrafen zwar nur eine relativ kleine Anzahl jüdischer Kommunisten, gleichzeitig aber wurden die Juden konsequent aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet und, was besonders schwer wiegt, durch Einführung eines geheimen, aber strikt durchgeführten numerus clausus an den Ausbildungsstätten eines angemessenen intellektuellen Nachwuchses beraubt.

Die Situation nach dem 20. Parteikongreß

Der Tod Stalins und die „Taufwetterperiode“ brachten eine gewisse Erleichterung für die Juden Sowjetrußlands. Einige jüdische Schriftsteller kehrten noch lebend aus der Verbannung zurück, und einige wurden sogar rehabilitiert. Bis heute sind aber erst wieder drei jiddische Bücher — längst verstorbener Autoren — neu aufgelegt worden (wie groß die Auflage dieser Bücher ist, ist unbekannt). An der Grundhaltung der sowjetischen Administration und der Partei hat sich relativ wenig geändert. Chruschtschow selber gehört zu jenem Typ der primitiven ukrainischen Antisemiten, von denen man auf die Dauer wenig Gutes erwarten darf. In den letzten Jahren waren bei ihm einige bemerkenswerte Entgleisungen zu verzeichnen, so z. B. daß ihm „unter den polnischen Kommunisten die Kowalkskis lieber seien als die Abramowitschs“. Es war auch Chruschtschow, der für die politische und ideologische Führung der ukrainischen Partisanen verantwortlich war (Leneman, a. a. O., S. 166 ff. trägt ein ansehnliches Material gegen Chruschtschow zusammen). Im Mai 1956 äußerte sich Chruschtschow sehr freimütig über die Situation der Juden in der UdSSR und gab einer Delegation des SFIO gegenüber ohne weiteres das Bestehen eines numerus clausus in der Administration zu: „Früher waren sie (die Juden) gebildeter, vielleicht auch revolutionärer als der durchschnittliche Russe, inzwischen wurden neue Kader geschaffen . . .“, und Perwuschin fügte die Worte hinzu: „... unsere eigene Intelligentsia“ (Leneman a. a. O., S. 229, und „Ost-Probleme“ a. a. O.). Auch an den Schulen und Universitäten gibt es nun einen numerus clausus, der garantiert, daß die Juden auf dem gleichen Bildungsniveau stehenbleiben wie die Tataren, nur daß niemand das Bildungsstreben der Tataren beeinträchtigt. Zur Einstellung der jiddischen Veröffentlichungen und der Schließung der jiddischen Schulen wurde bei gleicher Gelegenheit erklärt, daß ja nun die meisten Juden Russisch könnten und gar kein Interesse mehr an einer jiddischen Kultur hätten. Sollte ein solches Interesse wieder erwachen, dann würde man ihnen selbstverständlich wieder erlauben, jiddische Bücher und Zeitschriften zu drucken. Immerhin wurde der Druck in den letzten Jahren schwächer, eben in dem Maße, als man in der Sowjetunion wieder auf die öffentliche Meinung außerhalb Rußlands zu achten begann. Auch das unablässige Drängen der jüdischen Kommunisten außerhalb Rußlands (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 191) blieb nicht ohne Erfolg.

Für den Sommer 1961 wurde sogar das Wiedererscheinen einer jiddischen Zeitschrift in Aussicht gestellt („Neue Zürcher Zeitung“, 19. 3. 61).

Das Verhältnis der UdSSR zu Israel und den arabischen Staaten beeinflußt nur sehr mittelbar die Situation der Juden in Rußland. Die Kommunisten haben von Anfang an die Zionisten als kleinbürgerliche Reaktionäre oder als Werkzeuge des englischen Imperialismus und als Nachläufer einer nationalen Fata Morgana bekämpft. Die zionistische Bewegung wurde schon in den zwanziger Jahren zerschlagen und die Unverbesserlichen nach Sibirien verschickt. Das hinderte aber Stalin nicht daran, dem jungen Staat Israel eine beträchtliche Hilfestellung zu leisten. Die russischen Juden, die es inzwischen gelernt haben sollten, verfielen einem tragischen Irrtum, als sie glaubten, daß sie nun ihrerseits Sympathien für Israel zeigen dürften. (So kam es z. B. im Oktober 1948 anlässlich des Besuchs des israelischen Außenministers Golda Meir in Moskau zu spontanen jüdischen Kundgebungen.) Es ist gerade diese emotionelle Solidarität, die über die Grenzen des „Vaterlandes aller Werktätigen“ hinausreicht, die die russischen Kommunisten so irritiert und sie in allen Juden potentielle Landesverräter sehen läßt. Selbstverständlich gibt es auch eine zionistische Untergrundbewegung in Rußland, aber diese ist klein und normalerweise so einflußlos, daß sie auf keinen Fall eine Gefahr für die Sicherheit des Staates sein könnte.

Die Nachrichten über die Situation der religiösen Juden in Rußland sind unklar und widersprüchlich. Es fehlen fast alle Kontakte, und soweit vertrauliche Nachrichten ins Ausland gelangen, werden diese aus verständlicher Rücksicht oft geheimgehalten.

Es scheint, daß nach dem Tode Stalins den religiösen Juden etwas größere Freiheiten gelassen wurden. Da das religiöse Judentum keineswegs tot war, hatte das nur die natürliche Folge, daß man daran ging, neue Synagogen zu eröffnen, nachdem es jahrelang fast unmöglich gewesen war, die von Nazis zerstörten Bethäuser wieder zu ersetzen. In den Jahren 1957/59 wurden dann wieder neue Beschränkungen auferlegt; die atheistische Propaganda wurde verstärkt und eine Reihe von Synagogen geschlossen. 1960 soll sich die Situation wieder etwas gebessert haben. Die äußerst scharfe Kritik der Juden in der freien Welt blieb nicht ohne Erfolg.

Im Gegensatz zur orthodoxen Kirche ist den religiösen Juden jeder Kontakt mit der Außenwelt bisher verwehrt geblieben. Erst kürzlich richtete der Präsident der Versammlung der konservativen Rabbiner Amerikas, Rabbi Edward T. Sandrow, einen Appell an die Sowjetregierung, den religiösen Juden Rußlands wenigstens zu gestatten, mit ihren Brüdern außerhalb Rußlands Verbindungen zu unterhalten („New York Times“, 25. 4. 61). Da die jüdische Orthodoxie in Rußland für Propagandazwecke fast untauglich ist, wird man dies jedoch kaum zulassen.

Gibt es eine Zukunft der russischen Juden?

Nach den letzten Statistiken (die allerdings nicht zuverlässig sind) leben heute in der Sowjetunion ca. 2 500 000 Juden, d. h. Personen, die sich als solche identifizieren oder als solche identifiziert werden. Die Masse dieser Juden ist zwar denationalisiert, aber noch längst nicht voll assimiliert und noch weit davon entfernt, unter der einheimischen Bevölkerung aufzugehen. Man rechnet damit, daß bei etwa 500 000 noch irgendwelche religiösen Relikte

vorhanden sind, und weniger als 100 000 dürften heute noch als orthodox anzusehen sein (W. Kolarz, Die Religion in der Sowjetunion, in „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 10. 11. 60, S. 735).

Was wird aus diesen Juden werden? Man muß sogar fragen, was soll aus diesen Juden werden?

Nach der Vorstellung Chruschtschows wäre es unsinnig, die totale Assimilation dieser Juden zu verzögern, und auch unter rein humanitären Gesichtspunkten scheint es unsinnig, an dem Status einer Nation festzuhalten in einer Zeit, da die Welt danach strebt, zusammenzuwachsen. Ein Nationalismus um seiner selbst willen ist wohl für keine Volksgruppe so unsinnig wie für die sowjetischen Juden. Es scheint möglich, daß im Laufe der nächsten dreißig Jahre, das Bestehen der gegenwärtigen Machtverhältnisse

vorausgesetzt, der größte Teil der heute denationalisierten Juden in der Masse des russischen Volkes aufgeht. Eine Amalgamierung in derart großen Ausmaßen hat es in der jüdischen Geschichte allerdings noch nie gegeben, und es ist noch keineswegs ausgeschlossen, daß auch in der Sowjetunion kurz vor der Amalgamation der latente Judenhaß wieder durchbricht und auch das russische Judentum durch Vertreibung oder physische Vernichtung ein Ende findet.

Für die nächsten Jahre ist wohl damit zu rechnen, daß gerade jene Maßnahmen der russischen Regierung, die die Assimilation der Juden beschleunigen sollen, bei vielen erst ein jüdisches Bewußtsein hervorrufen und stärken werden. Welche Ausdrucksform dieses neue Selbstbewußtsein suchen und finden wird, bleibt abzuwarten.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BERTRAMS, Wilhelm, SJ. *Die Exemption der Ordensleute*. In: Stimmen der Zeit Jhg. 86 Heft 11 (August 1961) S. 348—360.

Darstellung der Geschichte der Exemption, des geltenden Rechts, ihrer Grenzen, des Eigenlebens und der Eigenständigkeit der Orden sowie des Verhältnisses zwischen Exemption und bischöflicher Gewalt des Papstes. Der Verfasser folgert: Die ordentliche Diözesanseelsorge steht (von einzelnen Ausnahmen abgesehen) dem Bischof zu. Die Schwierigkeiten, die sich aus bischöflicher Leitungsgewalt und Exemption ergeben, lassen sich beheben, wenn von beiden Seiten die rechtlichen Verhältnisse anerkannt werden. Das setzt voraus, daß sich die exemten Orden nicht unter formalen Gründen Aufgaben entziehen, die von ihnen geleistet werden können, daß andererseits aber auch nicht das öffentliche Wirken der Orden unnötig erschwert wird.

DUMONT, C.-J., OP. *L'Église orientale catholique et le problème de l'Unité*. In: Istina Jhg. 7 Nr. 4 (1960) S. 409—432.

Diese erste Folge einer Aufsatzreihe wendet sich mit großer Offenheit den praktischen Fragen zu, die in Angriff genommen werden müssen, wenn die mit Rom unierten Orthodoxen für das Gelingen des Ökumenischen Konzils einen Beitrag zur Wiedervereinigung leisten sollen. Als erstes wird ein Dokument des Weihbischofs Médawar beim Sitz des melchitischen Patriarchen Maximos IV. vom Jahre 1946 abgedruckt mit konkreten Vorschlägen, wie der Papst die Orthodoxen gewinnen könne: Änderung der Sprache der Kurie, Besuch des Papstes in Konstantinopel, Regelung der Frage der Präzedenz der Patriarchen vor den Kardinälen usw., Zulassung zur Zelebration an den von Rom verwalteten heiligen Stätten in Jerusalem, die seit 1895 untersagt ist. Dumont zeigt, daß der neue Kodex des Ostkirchenrechts diesen Wünschen nicht entsprochen habe, und erwartet von dem Konzil seine entsprechende Abänderung, ebenso eine Reform der Ostkirchenkongregation, in der nur zwei von 24 Kardinälen dem orthodoxen Ritus angehören, am besten Schaffung einer neuen Behörde durch Vereinbarung zwischen dem Papst und den unierten Patriarchen.

FRIES, Heinrich. *Einigung der Christen — eine Utopie?* In: Catholica Jhg. 15 Heft 2 (1961) S. 121—133.

Fries widerlegt das Gerüde von der Utopie der Einigung mit geschichtlichen Hinweisen auf den Wandel im Verhältnis der Kirchen seit 50 Jahren und mit grundsätzlichen Erwägungen: 1. Die Einheit ist eine Forderung des Glaubens an Christus, der sie will; 2. die Trennung sei eine geschichtliche Tatsache, wo aber die Freiheit des Menschen walte, sei auch Abhilfe möglich; 3. die Kirche sei steter Erneuerung fähig, nur dürfe man sich die Sache auf beiden Seiten nicht mit der „Rückkehr nach Rom“ zu einfach machen, denn es gehe für alle um das Wesen der Kirche als Glaubensgut. Es sei schon viel gewonnen, daß man heute den Unterschied nicht mehr in einzelnen Lehren, sondern in der Frage des Lehramtes sehe. Das Dogma aber könne noch besser gesagt werden, so daß der Umlaut der Schrift zu Worte kommt.

MAY, Georg. *Das Verhältnis von Papst und Bischöfen auf dem Allgemeinen Konzil nach dem CIC*. In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 70 Heft 4 (Juli/August 1961) S. 212—232.

Der Aufsatz ist eine klare und exakte Darlegung des geltenden kanonischen Rechts mit Nachweis der einschlägigen Literatur und starker Herausarbeitung der Gewalt des Primats. Er hält sich aktuellen Spekulationen über eine Änderung der Stellung der Bischöfe möglichst weit fern.

MICHAEL, J. P. *Wie lebt man eine Mischehe?* In: Lebendige Seelsorge Jhg. 12 Heft 7 (1961) S. 249—254.

Das Heft steht unter dem Generalthema: Seelsorge an der Mischehe. Die drei Hauptbeiträge stammen von Karrer, Walter und Michael. (Auch die übrigen Beiträge sind für den Seelsorger sehr instruktiv, so z. B. die Anmerkungen Stengers, „Psychologische Randbemerkungen zu den Mischenkautele.“) Karrer behandelt die Mischehe aus der Perspektive des Seelsorgers. Auf Grund seiner Erfahrungen spricht er sich für eine Revi-

sion von can. 1062 CIC aus; ferner für die Erlaubtheit der sog. Doppeltrauung unter bestimmten Umständen. Walter befaßt sich mit konkreten seelsorgerlichen Wegen zur Mischehenpastoral: erste Begegnung, Brautunterricht, Trauung, Kindergarten, Kommunionvorbereitung, Schule, Krankenbett. Michael versucht zu antworten auf die Frage: „Wie lebt man eine Mischehe?“ Er unterscheidet die besonderen Probleme und Aufgaben 1) in der Dispensehe, a) wenn die Frau katholisch ist, b) wenn der Mann katholisch ist; 2) in der ungehorsamen Ehe. Abschließend wird der gute und böse Einfluß der Verwandten behandelt.

ROUSSEAU, Olivier, OSB. *Notwendigkeit und Bedeutung des Bischofsamtes*. In: Una-Sancta-Rundbriefe Jhg. 16 Heft 2/3 (Juli 1961) S. 115—134.

Im Rahmen der langjährigen Bemühungen der Väter von Chevotogne (Namur), eine Theologie des Episkopats vorzubereiten, die immer noch fehlt, stellt dieser Vortrag auf einer Konferenz katholischer Theologen mit der ILAFO (Zusammenschluß der hochkirchlichen Kreise von Faith and Order) einen neuen energischen Vorstoß dar. Auf der einen Seite macht es die Unterentwicklung des Bischofsamtes im Westen geschichtlich verständlich, auf der anderen aber wird der altkirchliche Ritus der Bischofsweihe zur Wiedergewinnung der ursprünglichen Realität des Bischofsamtes ausgeschöpft. — Die anschließenden drei Beiträge über das Diakonat in der evangelischen Kirche von W. Schütz, in der Ostkirche von Ambrosius Backhaus und die Bemühungen „Um die Wiedergeburt des Diakonats in der römisch-katholischen Kirche“ von J. Hornef (S. 156—163) dienen dem Herausgeber, Thomas Sartory OSB, den Wert dieser Wiedergeburt für die Wiedervereinigung der Christen darzulegen (S. 163—166).

SCHNACKENBURG, Rudolf. *Gestalt und Wesen der Kirche nach dem Epheserbrief*. In: Catholica Jhg. 15 Heft 2 (1961) S. 104—133.

Dieser Vortrag bei einem ökumenischen Gespräch in Bad Boll arbeitet rein exegetisch vor allem den Zusammenhang von Kreuzesleib Christi und dem Leib der Kirche heraus, der eine gestufte Gemeinde mit verschiedenen menschlichen Diensten sein soll. Es gehe dem Epheserbrief nur um dieses Prinzip, man dürfe ihn nicht damit überfordern, daß man aus den genannten Ämtern eine bestimmte kirchliche Organisation ableiten wolle.

Philosophie

FABRO, Cornelio. *Filosofia moderna e ateismo*. In: Humanitas Jhg. 16 Nr. 6 (Juni 1961) S. 481—492.

In einer kurzen, gedrängten Übersicht über die Entwicklung des modernen Denkens, angefangen vom „Cogito“ des Descartes, über die Substanzlehre des Spinoza, über Kant, Hegel bis Heidegger und Sartre, versucht der bekannte italienische Thomist zu zeigen, daß das Charakteristische dieses historischen Denkprozesses die Entfaltung eines radikalen philosophischen Immanentismus bildet, der sich zwischen dem extremen Empirismus von Hume und der bewußtseinsimmanenten Dialektik Hegels auf die radikale Negation eines absoluten und transzendenten Seins im Existenzialismus, Pragmatismus und dialektischen Materialismus hin bewegt.

KRAFT, Julius. *Rationale und empirische Elemente der Ethik*. In: Ratio Jhg. 1960 Heft 2 S. 135—147.

Der Verfasser sieht die Situation der Ethik in der Gegenwart weithin charakterisiert durch „einflußreiche Tendenzen, die einer Leugnung des Ethischen praktisch gleichkommen“ (Psychologismus, Soziologismus, Skeptizismus usw.). Er sieht darin eine konsequente Folgerscheinung aus dem Gegensatz zwischen rein aprioristischer Ethik (Kant) und utilitaristischer Ethik des 19. Jahrhunderts. Demgegenüber hält der Autor an einer „rationalen Basis der ethischen Wertschätzungen“ fest. Zugleich sei aber der Mensch als „Subjekt ethischer Aufgaben“ ein Teil der Natur und deshalb „Objekt empirischer Einsicht“. Diese rational-empirische Ethik auf gemeinsamer Grundlage müsse aber ihren Ort jenseits aller Dogmatik traditionalistischer oder modernistischer Art haben. Die theologische Ethik bildet für den Autor den Prototyp einer autoritären Ethik und wird dem reinen ethischen Legalismus gleichgesetzt.